

## **Antrag**

**der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Alexander S. Neu, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Demilitarisierung statt Eskalation – Keine NATO-Eingreiftruppe im Osten Europas**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundestag lehnt die Aufstellung und Stationierung einer Eingreiftruppe „Very High Readiness Task Force“ für Osteuropa durch die NATO ab. Die Stationierung von Vorausposten für eine solche militärische „Speerspitze“ ist ein gefährlicher Schritt, der entscheidend zur Dynamik der Feindseligkeiten im Verhältnis zwischen Russland und der NATO beiträgt. Vonnöten ist demgegenüber ein klares Stoppzeichen gegen die Eskalation: keine Entsendung zusätzlicher NATO-Truppen nach Osteuropa. Auch eingedenk ihrer Geschichte sollte sich die Bundesrepublik Deutschland für eine grundlegende Entspannung und eine Demilitarisierung in Osteuropa einsetzen.

Die militärische Lage in Osteuropa ist angespannter denn je. Die baltischen Staaten fühlen sich bedroht, aber auch Russland fürchtet um seine Sicherheit und seine Rolle in der Welt – beides spiegelt sich in den Konfrontationen im internationalen Luftraum über der Ostsee.

In der Ukraine toben heftige Kämpfe, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung des Donbass zu leiden hat. Noch immer halten Hardliner in Kiew, ebenso wie in Donezk und Lugansk, eine Lösung mit militärischen Mitteln für möglich. Die Businsassen von Donezk und die Bewohner von Mariupol sind die jüngsten Opfer dieser Strategie der Eskalation.

Angesichts einer solch brisanten Lage sind die Stationierungsanstrengungen für die „Very High Readiness Task Force“ ein verheerendes politisches Signal. Mit ihnen hat die NATO ihrerseits auf dem Gipfel von Wales den Weg der Eskalation vorgezeichnet. Die Tatsache, dass die Aufstellung dieser Einheiten auf Jahre hinaus geplant ist und dass diese demnach unabhängig von einer Lösung der Ukraine-Krise dort stationiert bleiben werden, wird die russische Regierung als Bestätigung dafür sehen, dass das Land auch abseits der Ukraine immer enger umzingelt werden sollte.

Die „Very High Readiness Task Force“ und auch ihre noch für das Jahr 2015 geplante deutsche Vorhut, die „Provisional Response Capability“, reduzieren mit ihrer

vorgesehenen Präsenz direkt an den Grenzen Russlands weiter die Zeitintervalle, innerhalb derer politische Bewältigungsmechanismen für akute Krisen- und Gefahrensituationen greifen können. Mit den Einheiten der „Provisional Response Capability“ würden deutsche Bodenkampftruppen auch zum ersten Mal seit 1941 wieder den Boden der baltischen Staaten und damit der ehemaligen Sowjetunion betreten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- keine Einheiten der Bundeswehr für die „Provisional Response Capability“ und die „Very High Readiness Task Force“ der NATO zur Verfügung zu stellen;
- im NATO-Rat die deutsche Zustimmung zur Aufstellung und Stationierung einer „Very High Readiness Task Force“ für Osteuropa zurückzunehmen;
- sich für Schritte einer räumlichen Trennung der militärischen Kräfte der westlichen Allianz und Russlands entlang der russischen Westgrenze einzusetzen;
- sich insbesondere für den Beginn einer umfassenden Demilitarisierung beider Seiten in der Konfliktregion in der Ukraine einzusetzen, um endlich ernsthafte humanitäre Hilfe für die betroffene Zivilbevölkerung des Donbass zu ermöglichen;
- die Erkenntnis zu befördern, dass es im Konflikt in der Ukraine keine militärische Lösung geben kann und dem umgehend praktische Schritte folgen zu lassen, insbesondere alle Konfliktparteien, d. h. beide Seiten in der Ukraine und Russland, zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung aufzurufen.

Berlin, den 3. Februar 2015

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**